

Der Bildungsstreik im Juni dieses Jahres offenbarte eine breite Situation im Bildungswesen. Bis zu 270.000 Menschen beteiligten sich am 17. Juni in der ganzen Republik an Demonstrationen – eine Zahl die bei weitem auch die optimistischsten Erwartungen übertraf. Mit Fug und Recht kann behauptet werden, dass der Bildungsstreik im Sommer Ausdruck einer sich immer weiter verschärfenden Situation im Bildungswesen war. Die vergangene Dekade war geprägt durch immense Umstrukturierungen an den Universitäten, den Hochschulen und im Bildungssystem als Ganzem. Neben den sogenannten Bologna-Prozess eingeführten Studiengebühren wurden und werden im Zuge des verwaltungsstrukturellen sukzessive die alten Diplom- und Magisterstudiengänge, wie auch die Lehramtsstrukturen an den Hochschulen dahingehend geändert, dass „Externe“ (insbesondere VertreterInnen aus der Wirtschaft und Politik) institutionell in die Entscheidungsstrukturen,

2020

BILDUNGSSTREIK

beispielsweise in Form des Unirates, eingebunden wurden. Dadurch wird die bisher minimale Möglichkeit studentischer Mitbestimmung weiter verringert. Die sogenannte Exzellenzinitiative, verbunden mit der Vorstellung von der Notwendigkeit der Schaffung von Elitehochschulen, hat, aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen, einen ruinösen Wettbewerb um die zu vergebenden Gelder zwischen den Hochschulen ausgelöst. Dies leistet der weiteren Untermerisierung der Hochschulen Vorschub. Bildung wird nicht nur zunehmend warenförmig organisiert, die Hochschulen entwickeln sich stetig hin zu reinen Ausbildungsstätten für die Bedürfnisse von Verwaltung und Wirtschaft. Bildung wird nicht mehr als Teil der eigenen Persönlichkeitsbildung, hin zu einer sozial verantwortlichen, selbstbewussten und kritischfähigen Person verstanden, sondern auf ein Mittel des Funktionierens der AbsolventInnen in polit-ökonomischen Zusammenhängen reduziert. Die Folgen dieser Entwicklungen sind gravierend. Durch die Studienordnungen und die extreme Prüfungsdrucke im Bildungswesen weiter zugenommen und die Bildungseinrichtungen sind finanziell derart ausgetrocknet, dass kaum noch ein Spielraum verbleibt. Die neuen Bachelor-/Masterstudiengänge sind nicht nur extrem verschult, sondern dem immer weniger StudentInnen gewachsen und die extreme Prüfungsdrucke im Bildungswesen andererseits, ist bei StudentInnen einseitig. Die Einnahme von Arzneimitteln wie Ritalin insbesondere durch die rigiden Studienordnungen und die extremen Prüfungsdrucke im Bildungswesen dem gigantischen workload der Studierenden sind nicht nur extrem verschult, sondern eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den Studieninhalten lässt und wie strikte Frist- und Abgaberegeln permanent Druck auf die StudentInnen ausüben. In vielerlei Hinsicht ist die Universität Stuttgart ein Kristallisationspunkt all dieser Entwicklungen und dieser findet in einem Wort wohl seinen verdichteten Ausdruck:

**Landesweite Demonstration
für eine bessere Bildung
Samstag 21.11.09
14.30 Lautenschlagerstr.**

MASTERPLAN

Nach wie vor sind die Pläne des Rektorats (sog. "Masterplan") zur Umwidmung von 24 ProfessorInnenstellen aktuell. Zwar führten die Proteste im Sommer dazu, dass die Pläne des Rektors nicht sofort umgesetzt, sondern erstmal in von oben einberufenen Strukturen ohne studentische Beteiligung verschoben wurden. Da der Landesetat für die Hochschulen seit 1996 eingefroren ist und im Etat des Wissenschaftsministerium für 2010 Kürzungen von 12,7 Millionen Euro (und 2011 16,6 Millionen geplant sind, ist die Finanzlage der Universität desaströs. Angesichts dessen scheint sicher, dass wohl lediglich mit altem Wein in neuen Schläuchen zu rechnen sein wird, d.h. dass die Tendenz die Universität Stuttgart zunehmend in eine de facto Technische Hochschule zu transformieren, unter Beibehaltung eines Rumpfbestandes an Geisteswissenschaften um den Titel Universität nicht zu gefährden, weiterbesteht. Getrieben von finanziellen Zwängen setzten die Pläne des Rektors die Substanz der Universität aufs Spiel. Die Antwort auf Unterfinanzierung kann nicht das rücksichtslose Konkurrieren mit anderen Universitäten um temporäre Geldmittel aus der Exzellenzinitiative sein. Vielmehr muss die Universität über eine solide staatliche Finanzierung verfügen, welche eine möglichst breite Lehre und Forschung garantiert, die fruchtbar für das wissenschaftliche Arbeiten an den Universitäten ist. Die scheinbar spezifischen Probleme der Universität Stuttgart sind in Wahrheit Produkte der Misere des Bildungswesens überhaupt. Zusätzlich sind wir als Studierende von Kürzungen bei der allgemeinen Politik betroffen. So will die Stadt Stuttgart 800.000 Euro sparen, indem sie das kostenlose Studiticket für ein Semester für Studierende spart, die ihren Erstwohnsitz nach Stuttgart verlegen. Statt dessen sollen ab 2011 Studierende und zigtausende andere durch eine Zweitwohnsitzsteuer genötigt werden, ihren Erstwohnsitz nach Stuttgart zu verlegen

Kommt deshalb zur landesweiten Demonstration am 21.11. in Stuttgart, um mit allen von den Problemen im Bildungswesen betroffenen gemeinsam eine Umkehr der Politik durchzusetzen!

Weg mit den Plänen zur Umstrukturierung der Universität Stuttgart! Gute Bildung für alle statt Eliteförderung und Exzellenzcluster

Für freie Bildung ohne Studiengebühren

Selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrer Zeitrahmen, Leistungs- und Konkurrenzdruck

Öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft u.a. auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe

Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung, Mitbestimmung und Mitgestaltung der Lehrinhalte.

Sofortige Umgestaltung des Bachelor-Master-Systems, als ersten Schritt Master für alle Bachelor- AbsolventInnen ermöglichen

Selbstverwaltete Räume in Hochschulen

Keine Kürzungen im Bildungsbereich